

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 26. Mai 2023



Inhalt

Aktuelle Stunde
zum
Heizungsgesetz

Nationale China-
Strategie

Ausbau von
Balkonkraftwerken

Gesundheitliche
Pandemiefolgen
abfedern

Besuch der
DEHOGA-
Akademie

Terminvorschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

zum wiederholten Male erleben wir in dieser Sitzungswoche, dass ein Gesetzentwurf der Bundesregierung wegen Unstimmigkeiten kurzfristig von der Tagesordnung genommen wurde. Dieses Mal betraf es die Heizungspläne der Bundesregierung. Mit einer aktuellen Stunde hat die Union das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist bedauerlich, dass sich die Ampel-Fraktionen bei wesentlichen innen- wie außenpolitischen Fragestellungen nicht verständigen können - so auch bei der seit langem angekündigten nationalen Sicherheitsstrategie.

Im Agrarausschuss fand diese Woche ein öffentliches Fachgespräch zu der Studie des Thünen Instituts, der Universität Göttingen und dem Deutschen Landfrauenverband über die Lebenssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland statt. Sie versorgen die Tiere, kümmern sich um die Familie und übernehmen Arbeit im Büro. Doch wie viele Frauen leiten einen Hof? Wie hoch ist ihre Arbeitsbelastung? Und wie geht es ihnen gesundheitlich? Die Studie zeigt den Handlungsbedarf auf: Es fehlt an sozialer und rechtlicher Absicherung, Beteiligung und Beratung, Gesundheit ist ein großes Thema und auch bei der Hofübergabe bzw. den Eigentumsverhältnissen sind Frauen aufgrund von veralteten Geschlechterbildern und der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf benachteiligt. Für eine positive Veränderung in den Betrieben müssen Frauen zudem zukünftig in der Agrarstatistik sichtbar gemacht werden.

In der vergangenen Wahlkreiswoche besuchte ich unter anderem die DEHOGA-Akademie in Bad Überkingen. Über diese und weitere Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute,

Ihr


Hermann Färber MdB



Schwerpunkte der Sitzungswoche

Aktuelle Stunde: Heizungspläne der Bundesregierung stoppen

Heute morgen sollte die Anhörung zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) stattfinden. Weil die Bundesregierung bei diesem Thema entzweit ist, wurde das Thema abgeblasen. Deshalb hat die Union diese Debatte ins Parlament geholt, denn die Verunsicherung wegen der Blockadehaltung der Koalition ist groß.

Der Widerstand der FDP gegen das Gesetz ist richtig, denn zu viele Themen bleiben ungeklärt und eine Wärmewende ohne die Akzeptanz der Bevölkerung kann nicht zum Erfolg führen. Die Vorgehensweise der Liberalen ist jedoch zweifelhaft. So hatte die FDP dem Entwurf zuerst im Kabinett zugestimmt und sodann eine Liste an Fragen an Herrn Habeck übermittelt, bis zu deren Beantwortung sie die Beratungen blockieren wollen. Und weil die FDP das GEG blockiert, blockieren die Grünen nun im Gegenzug das Planungsbeschleunigungsgesetz, mit dem unter anderem der Ausbau der Schiene schneller vorangehen sollte. Besonders problematisch ist, dass die Novelle des Baugesetzbuchs (BauGB) am Gesetz zur Digitalisierung im Bauleitplanverfahren hängt - darin enthalten sind die Erleichterungen zum Wiederaufbau von Katastrophengebieten. Für die Menschen im Ahrtal wäre die Planungsbeschleunigung zum Wiederaufbau wirklich wichtig!

Mit der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes haben wir uns verpflichtet, bis 2045 Treibhausgasneutral zu werden. Klimafreundliches Heizen sowie eine technologieoffene und sozial verträgliche Wärmewende sind ein Baustein zur Erreichung dieses Ziels. Zudem muss diese Technologieoffenheit von einer transparenten und sozial gestaffelten Förderkulisse flankiert werden. Hier hat die Bundesregierung viel Vertrauen verspielt: Der Entwurf des GEG wurde ohne Förderkulisse vorgestellt. Förderprogramme wurden zudem im letzten Jahr mehrfach gestoppt, geändert, gekürzt. Erforderlich wäre aber Planungssicherheit für Mieter, Eigentümer, Handwerker und Industrie. Die selbst ernannte "Fortschrittskoalition" hat für die Wärmewende bislang leider nur Rückschritte gebracht. Wir als Union fordern eine sinnvolle Wärmewende - aber mit und nicht nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören neben der Wärmepumpe die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen - von Wasserstoff über Holzpellets, Holzheizungen, Geothermie bis zu Wärmenetzen.

Die Blockadehaltung der Ampel schadet dem Land. Koalitionspartner werfen einander Wortbruch vor, wir erleben Führungslosigkeit und Durcheinander in der SPD-geführten Bundesregierung. So erreichen wir keine Wärmewende, die für die Menschen und Betriebe umsetzbar und bezahlbar ist. Was gerade dringend notwendig wäre, sind starke Anstrengungen seitens der Regierung um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen: Bürokratieabbau, marktwirtschaftliche Ansätze und Planungssicherheit für Betriebe und Bürger.

Nationale China-Strategie fehlt noch immer

Eigentlich wollte die Bundesregierung die Nationale Sicherheitsstrategie am Mittwoch im Kabinett beschließen. Die zuständigen Minister sollten die Strategie unmittelbar im Anschluss in den Ausschüssen vorstellen. Diese Pläne sind abgesagt. Wieder einmal konnte sich die Ampel nicht einigen, wieder einmal hat die Bundesregierung den selbst gesetzten Zeitplan gerissen. Der Bundeskanzler lässt Führung in dieser strategischen Frage vollständig vermissen - ein Muster, das wir leider auch aus anderen wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Zusammenhängen kennen. Jetzt fährt der Bundeskanzler nach Hiroshima zum G7-Gipfel, ohne eine Nationale Sicherheits- und ohne eine China-Strategie.

Beschleunigter Ausbau von Balkonkraftwerken

Mit steckerfertigen Photovoltaik-Anlagen (sog. Balkonkraftwerken) können Haushalte – egal ob Mietpartei oder Eigentümer – ihren Strom selbst erzeugen. Das reduziert die Stromkosten, macht unabhängiger, leistet einen Beitrag zum Klimaschutz und ist ein kostengünstiger Einstieg in die Nutzung Erneuerbarer Energien. Dieser Einstieg muss aber niederschwellig konzipiert werden. Derzeit besteht jedoch kein Anspruch für Mieter und Wohnungseigentümer, steckerfertige Photovoltaik-Anlagen eigenständig installieren zu dürfen. Vielmehr ist dies von der Zustimmung des Vermieters bzw. bei Wohneigentumsobjekten von der Eigentümergemeinschaft abhängig, was ein Hindernis beim beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken darstellt. Mit dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden solide Regeln für die Anbringung und Nutzung von Balkonkraftwerken für Mieter und Eigentümer geschaffen.

Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen

Nachdem die Ampel den Unionsantrag zum Chronischen Fatigue-Syndrom (ME/CFS) abgelehnt hat, haben wir nun auf die prekäre Versorgung von Long- und Post-COVID sowie Post-Vac Patienten hingewiesen. Über drei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie und dem mittlerweile erfolgten Übergang in die endemische Phase leiden immer noch zahlreiche Menschen in unserem Land an den direkten und indirekten Folgen. Gesundheitliche Beschwerden, die jenseits der akuten Krankheitsphase einer SARS-CoV-2-Infektion von vier Wochen fortbestehen (Long-COVID) und solche, die mehr als zwölf Wochen nach Beginn der Infektion vorhanden sind (Post-COVID-Syndrom), betreffen häufig auch junge, sozial aktive, im Erwerbsleben stehende Personen.

Rund 100.000 Menschen in Deutschland leiden an den langfristigen Folgen einer Covid-Erkrankung wie anhaltender Erschöpfung, Konzentrationsschwierigkeiten und Atembeschwerden. Um den Betroffenen besser zu helfen, braucht es mehr Aufklärung und eine abgestimmte medizinische Versorgung. Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb:

- den Aufbau einer Post-Covid-Taskforce zur Koordination von Versorgung, Therapieentwicklung und Aufklärung
- Kompetenzzentren, die Forschungs- und Studienerkenntnisse zusammenführen, auch im Hinblick auf jüngere Post-Covid-Betroffene
- Fortbildungsangebote für Ärzte und Pfleger
- spezialisierte Rehabilitationsangebote.



Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion

Vor Ort: Besuch in der DEHOGA-Akademie in Bad Überkingen

Zu einem Informationsgespräch in der DEHOGA-Akademie traf ich mich mit Jürgen Kirchherr, Geschäftsführer der DEHOGA Baden-Württemberg, und Thomas Schwenk, Leiter der DEHOGA-Akademie in Bad Überkingen. Sehr beeindruckt haben mich das breite Leistungsspektrum der Akademie, die Innen- und Außengestaltung der Anlage, die hohe Qualität der Aus- und Fortbildung sowie der hohe Standard der technischen Ausstattung. Der Landkreis hat mit der Akademie ein echtes Schmuckstück.

Kern der Arbeit in der Akademie sind Fortbildungen, Seminare und Weiterqualifizierungen für die Gastronomiebranche. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir in Deutschland ein vielfältiges Bildungssystem mit einem Mix aus Ausbildung, dualer Aus- und Fortbildung sowie Hochschulstudium haben, um so jedem ein passendes Angebot machen zu können. Gerade in Zeiten von Arbeits- und Fachkräftemangel ist es entscheidend, ein breites Spektrum an Aus- und Fortbildung anbieten zu können, um den Bedarf der Betriebe am Arbeitsmarkt bedienen zu können.



Bild: Büro Hermann Färber MdB - Herzlichen Dank für die Einblicke, die ich von Thomas Schwenk (li.) und Jürgen Kirchherr (re.) in Bad Überkingen bekommen habe.

Terminvorschau

29. Mai: Gespräch mit einer BPA-Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag in Berlin
31. Mai bis 07. Juni : Delegationsreise mit dem Agrarausschuss nach Österreich und Oberitalien
12. Juni: Gespräch mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag in Berlin
15. Juni: Austausch über Bio-Patente mit Vertretern des VCI und IVA gemeinsam mit meinem Kollegen, Oliver Vogt MdB, im Bundestag
19. Juni: Austausch der Landesgruppe Baden-Württemberg im Bundestag mit dem französischen Botschafter in Berlin
21. Juni: Agrarkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Zukunft Landwirtschaft - wie sichern wir unsere Ernährung?"
22. Juni: Video-Austausch mit dem Mitglied der Europäischen Kommission, Herrn Janusz Wojciechowski, zuständig für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Sülzen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de